

„Ein vollkommenes Schweigegebot“

INTERVIEW Frauenärztin über Rente für vergewaltigte Frauen aus dem Kosovo

VON TATJANA COERSCHULTE

Im Kosovo-Krieg 1998/99 sollen schätzungsweise 20 000 Mädchen und Frauen systematische Vergewaltigungen erlitten haben. Seit einem Jahr können sie deswegen im Kosovo eine staatliche Rente von 230 Euro pro Monat beantragen. Auch Frauen, die inzwischen im Ausland leben, etwa in Deutschland, haben Anspruch auf diese Zahlungen. Im Interview schildert die Gründerin der Hilfsorganisation medica mondiale, die Frauenärztin Monika Hauser (59), mit welchen Schwierigkeiten die Frauen bis heute kämpfen und warum die Rente eine Errungenschaft ist.

Frau Hauser, Ihre Hilfsorganisation hat festgestellt, dass bei Weitem nicht alle Frauen aus dem Kosovo, denen die Kriegsrente zustehen würde, sie auch einfordern. Warum nicht?

Es ist für die Frauen wahnsinnig schwierig, diesen Antrag zu stellen. Es ist ja schon in Deutschland für eine vergewaltigte Frau sehr schwer, zur Polizei zu gehen und das anzuzeigen. Ob in Friedens- oder Kriegszeiten: In keiner unserer Gesellschaften ist es für Mädchen oder Frauen leicht, über sexualisierte Gewalt zu sprechen. Und in Kosovo sprechen wir über eine hochpatriarchale Gesellschaft, wo das noch mal sehr viel schwerer ist.

Warum?

In Kosovo ist die Ehre der Familie sehr eng verknüpft mit der Ehre von Frau und Mädchen. Wenn diese Ehre vermeintlich beschädigt wurde, kann die Familie auseinander-



Kunst als Mahnmal: Die Künstlerin Alketa Xhafa-Mripa hängte im Sommer 2015 im Fußballstadion von Pristina tausende von Kleidern auf, um an die Frauen zu erinnern, welche die Massengewalt im Kosovo-Krieg überlebt hatten. FOTO: VALDRIN XHEMAJ/DPA

derbrechen. „Vermeintlich“ sage ich, weil man nur, wenn man in der patriarchalen Logik denkt, meint, eine Vergewaltigung würde die Ehre der Frau beschädigen. Im Kosovo-Krieg dachten beide Kriegsparteien so.

Was bedeutete das?

Die serbischen Täter wussten ganz genau, wie sie die kosovarische Kultur massiv verletzen und zerstören können – indem sie die sogenannte Ehre der Mädchen und Frauen beschädigen. Denn diese Frauen und Mädchen werden nach einer Vergewaltigung in ihren Familien und Dörfern ausgegrenzt, stigmatisiert und beschuldigt. Wenn man weiß, dass sie vergewaltigt

worden sind, haben sie fast keine Lebensberechtigung mehr. Es gibt dazu ein vollkommenes Schweigegebot.

Welche Folgen hat das für Frauen, wenn sie die Rente beantragen wollen?

Die Behördengänge sind sehr schwierig. Um den Antrag zu stellen, muss sich die Frau vor eine Kommission setzen. Deren Mitglieder haben kaum Fachwissen und wenig Sensibilität, was Traumatisierungen angeht. Die Frauen brechen regelmäßig nach diesen Befragungen zusammen. Wenn man dann noch einen negativen Bescheid bekommt, weil einem nicht geglaubt wird, war alles umsonst.

Wenn die Frauen die Rente beantragen, dann wird die Vergewaltigung auch mindestens in ihrem näheren Umfeld bekannt.

Die Frauen haben Druck von ihrer Familie seit Tag 1 nach dem Krieg. Mir haben 14-, 15-jährige Mädchen, die im Kosovo-Krieg vergewaltigt wurden, erzählt, dass ihre größte Angst das Martyrium war, das sie erwartet, wenn sie aus dem Krieg zurück wieder zuhause sind. Auf der anderen

Seite: Wenn diese Frauen durch die Rentenzahlung ihren Familien beweisen können, dass die erlittene sexualisierte Gewalt als Kriegsverbrechen anerkannt wird, dann können auch die Familien anders darüber sprechen.

Wie helfen Sie Frauen in einer so komplizierten Lage?

So, wie wir das seit über 20 Jahren in Bosnien und Herzegowina und in Kosovo tun: Indem wir die direkte ganzheitliche Unterstützungsarbeit immer mit gesellschaftlicher Aufklärungsarbeit verbinden. Es geht nicht das eine ohne das andere. Das bedeutet, dass wir immer wieder mit den betroffenen Familien sprechen, öffentlich Aufklärung betreiben, damit sich Akzeptanz für die Situation entwickelt.

Wie haben Sie es auf dem Balkan geschafft, dass diese Rente überhaupt gezahlt wird?

Nach langwierigen Verhandlungen und öffentlichen Aktionen. So ein Gesetz gab es weltweit vorher nirgendwo. Wir haben die Kriegsrente zuerst in Bosnien erreicht.

Dort ist das Gesetz 2006 in Kraft getreten. Inzwischen erhalten immerhin 900 Menschen in Bosnien diese Rente, 800 Frauen und 100 Männer. Gemessen an Schätzungen, dass mindestens 20 000 Frauen in Bosnien vergewaltigt wurden, sind die 900 natürlich noch eine viel zu geringe Zahl. In Kosovo gab es zahlreiche Gespräche mit dem Sozialministerium und dem Finanzministerium, bis man sich auf die Summe von 230 Euro pro Monat und Frau geeinigt hatte.

Sie sprechen bei der Entschädigungszahlung von einer „Kriegsrente“. Könnte man sie auch „Opferrente“ nennen?

Ja, könnte man. Wir sprechen von „Überlebenden“ statt von „Opfern“, weil wir die Frauen nicht zusätzlich viktimisieren wollen. Wenn man sie als Opfer anspricht, kommen sie nie aus diesem Opferstatus heraus. Stattdessen wollen wir ihre Stärken, die ihnen und ihren Kindern beim Überleben geholfen haben, sichtbar machen.

ZUR PERSON



Dr. Monika Hauser (59) ist Fachärztin für Gynäkologie. Sie gründete in den 1990er-Jahren in Bosnien ein Therapiezentrum und dann die Hilfsorganisation medica mondiale, um im Balkan-Krieg vergewaltigten Frauen zu helfen. Inzwischen ist der gemeinnützige Verein weltweit für Opfer sexualisierter Kriegsgewalt tätig. Für ihr Engagement wurde Monika Hauser vielfach ausgezeichnet, unter anderem im Jahr 2008 mit dem Alternativen Nobelpreis. Hauser wurde in Thal in der Schweiz geboren und hat einen italienischen Pass. Sie studierte Medizin in Innsbruck und Bologna. Die Ärztin und Frauenrechtlerin ist verheiratet, hat einen Sohn und lebt in der Nähe von Köln.

COE FOTO: LELA AHMADZAI/INH

KOPF DES TAGES



Steigt eine Karrierestufe auf: Gregor Zetsche (32).

FOTO: DAIMLER AG

In den Fußstapfen von Papa Zetsche

Während sich Dieter Zetsche (65) nach vier Jahrzehnten bei der Daimler AG in den Ruhestand verabschiedet, macht ein anderer Zetsche beim Stuttgarter Autokonzern den nächsten Karrieresprung: Gregor Zetsche. Das berichtete das Handelsblatt. Der Sohn vom „beliebtesten Manager der Republik“ wird zum 1. März neuer Geschäftsführer von Mbition, einer vor 18 Monaten gegründeten Daimler-Tochterfirma in Berlin. Das Start-up soll dank zukunftsorientierter Softwareentwicklung den digitalen Fortschritt der Fahrzeuge vorantreiben. Mbition zählt 200 Mitarbeiter: Ein Ensemble der „besten internationalen Köpfe, um innovative Software zu kreieren“, so Gregor Zetsche im Gespräch mit dem Handelsblatt. Die Entwickler stammen aus 32 Nationen und arbeiten an einem Ökosystem für die Mobilität der Zukunft.

Der 32-Jährige ist bereits seit 2011 für Daimler tätig und wie sein Vater Ingenieur. Nach dem Studium in Pennsylvania und an der TU München kann Gregor Zetsche nicht nur einen Abschluss im Ingenieurwesen, sondern auch einen Master in Management, vorweisen. Über „CAReer, dem Traineeprogramm von Daimler, kam er zu Daimler. Bereits drei Jahre später wechselte er nach Japan, wo er in Kawasaki sein erstes Entwicklungsteam für Telematik, also Fahrassistenzsysteme, leitete. Weitere drei Jahre später führte ihn sein Weg nach Kalifornien, wo er ein Team leitete, das sich mit der Benutzerschnittstelle zwischen Mensch und Computer befasste. Privat hat er acht Jahre Fitness-Boxing trainiert. Seine Geschwister werden ihm wohl vorerst nicht zu Daimler folgen: Markus Zetsche ist bei Siemens Healthineers in Singapur und seine Schwester Nora gründete ihr eigenes Medizinunternehmen, Veta Health, eine Online-Plattform, die Patienten auf ihrem Behandlungsweg begleitet.

LINETT HANERT

ZITAT DES TAGES

„Die USA sehen deutsche Panzer nicht als Sicherheitsrisiko, aber deutsche Autos.“

CSU-Chef Markus Söder zu den internationalen Problemen, mit denen sich die deutsche Wirtschaft aktuell konfrontiert sieht.

HINTERGRUND

Sexualisierte Gewalt

Der Begriff „sexualisierte Gewalt“ wurde von Feministinnen geprägt und zielt darauf ab, dass sexuelle Gewalt als Machtdemonstration verstanden wird und nicht als Ausleben eines sexuellen Bedürfnisses. Systematische Vergewaltigungen in Kriegen wurden bis vor etwa 30 Jahren gemeinhin als Begleiterscheinungen kriegerischer Auseinandersetzungen angesehen, nicht als Kriegsverbrechen. Diese Auffassung hat sich geändert. Als Kriegswaffe rückte sexualisierte Gewalt ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit durch die Massenvergewaltigungen von Frauen in den Kriegen in Bosnien und Ruanda.

COE QUELLEN: WIKIPEDIA, BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Europawahl: Union setzt auf Asylpolitik

Berlin - Die Asylpolitik wird nach den Worten von CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak eine zentrale Stelle im Europawahlprogramm der Union einnehmen. Migration sei eines der Themen, die die Menschen beschäftige und das kluge Antworten brauche, sagte Ziemiak gestern in Berlin nach Sitzungen der Parteigremien.

Dabei gehe es vor allem darum, ein europäisches Ein- und Ausreiseregister zu schaffen, den Ausbau der Grenzschutzagentur Frontex zu einer operativen Grenzpolizei sowie gemeinsame Standards bei Asylverfahren in Europa zu etablieren. So sollte in der Europäischen Union künftig nur noch einmal ein Asylantrag gestellt werden können.

dpa

Eklat um Menschenrechte beim Gipfel

Arabische Länder stehen in EU-Kritik – Mehr Zusammenarbeit vereinbart

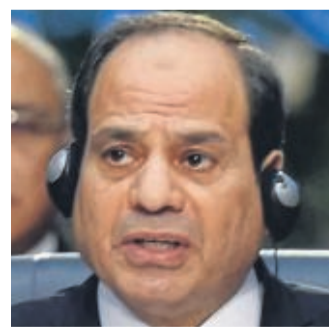
Scharm el Scheich – Trotz starker Meinungsverschiedenheiten beim Thema Menschenrechte haben sich EU und Arabische Liga auf eine engere Zusammenarbeit verständigt. Zum Abschluss des ersten gemeinsamen Gipfeltreffens im ägyptischen Badeort Scharm el Scheich hieß es gestern, mit einer vertieften strategischen Partnerschaft solle eine „neue Ära der Kooperation und Koordination“ eingeleitet werden.

Bei der Abschlusspressekonferenz des Gipfels kam es jedoch auf offener Bühne zu einem Eklat. Auf die Frage, ob sich Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi bewusst sei, dass die EU mit der Menschenrechtslage in seinem Land nicht einverstanden sei, ergriff der Generalsekretär



Kritisiert Menschenrechtslage: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

FOTO: OLIVER WEIKEN/DPA



Verteidigt seine Politik mit Angst vor Terror: Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi.

FOTO: MOHAMED EL-SHAHEED/AFP

der Arabischen Liga, Ahmed Abul Ghait, das Wort. „Nicht einer der Anwesenden“ habe Unzufriedenheit mit der Menschenrechtslage ausgedrückt, sagte er.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker musste

sich danach regelrecht das Wort erkämpfen, um klarzustellen, dass dies sehr wohl der Fall gewesen sei. „Einen Moment“, rief Juncker. „Es stimmt nicht, dass wir nicht über Menschenrechte gesprochen haben.“ Er habe das Pro-

blem bereits in seinem ersten Redebeitrag erwähnt.

Viele arabische Länder stehen wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik. Unter Führung des früheren Armeechefs Al-Sisi geht zum Beispiel das Gipfel-Gastgebungsland Ägypten mit harter Hand gegen Kritiker vor. Tausende Menschen sitzen aus politischen Gründen in Haft, die Meinungsfreiheit ist massiv eingeschränkt.

Al-Sisi rechtfertigte seine Politik mit Terrorakten im Land. Für sein Land habe Vorrang, einen Kollaps wie in anderen Staaten der Region zu verhindern. Schon ein einziger Terrorakt könne etwa den für den Tourismus wichtigen Badeort Scharm el Scheich in eine Geisterstadt verwandeln.

dpa